

Schweiz

Die Romandie peilt ein staatliches Krankenkassensystem an

Der Westschweizer Konsumentenverband bereitet eine Volksinitiative für kantonale Ausgleichskassen vor.

Philippe Reichen
Lausanne

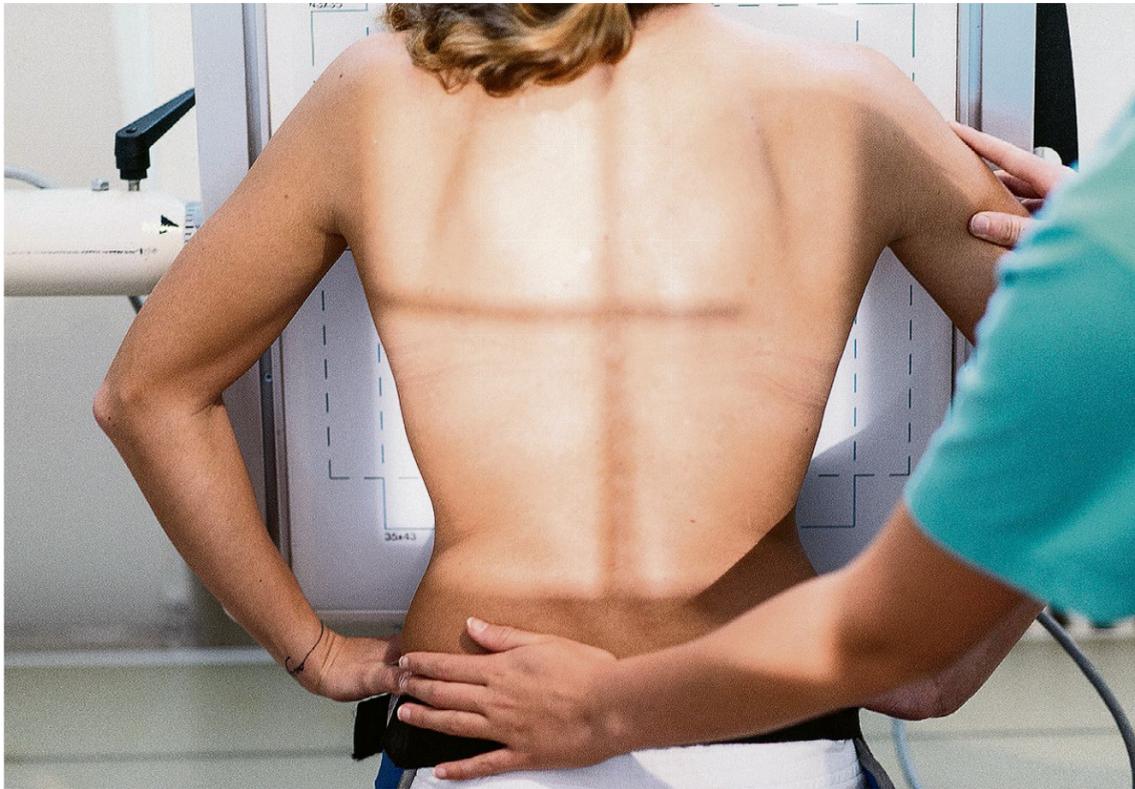
Eineinhalb Jahre sind vergangen, seit das Schweizer Stimmvolk die Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» ablehnte. Die Abfuhr war deutlich: Bei Volk und Ständen kamen fast 62 Prozent Nein-Stimmen zusammen. In der Westschweiz bot sich ein anderes Bild. Die Kantone Jura, Neuenburg, Genf und Waadt stimmten der Initiative zu. Selbst im zweisprachigen Freiburg scheiterte die Initiative mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen nur knapp. In der Romandie fühlte man sich von der Deutschschweiz bevormundet und in seiner politischen Willensäußerung übergangen – einmal mehr. Linke, aber auch einzelne rechte Politiker appellierten an den Bund, den Westschweizer Kantonen die Freiheit zu gewähren, Einheitskassen einzuführen, falls die Bevölkerung dies wünscht.

Der Westschweizer Konsumentenverband, das Pendant zur Stiftung für Konsumentenschutz in der Deutschschweiz, bringt die Forderung nun zurück in die politische Diskussion. Er zielt auf eine Volksinitiative ab mit dem Ziel, die Bundesverfassung zu ändern, damit jeder Kanton sein Krankenkassensystem selbst wählen kann. Ende Februar hat der Verband Gesundheitspolitiker, Parteien, Verbände und sonstige interessierte Kreise in die Pläne eingeweiht und um Stellungnahmen gebeten.

Kantone setzen Prämien fest

Anders als bei bisherigen Vorlagen will der Konsumentenverband die Krankenkassen in der Grundversicherung nicht zum Verschwinden bringen, sondern sieht sie in einer neuen Rolle. Sie hätten weiterhin die Aufgabe, Mitgliedschaften zu verwalten, Rechnungen zu prüfen und Gelderstattungen zu veranlassen, würden aber in Zukunft weder die Krankenkassenprämien festlegen noch Gelder einziehen. Dies übernehmen im neuen System kantonale oder regionale Ausgleichskassen, die der Staat beaufsichtigt und die wie AHV-Kassen funktionieren. Konkret gäbe es gemessen an den kantonalen Gesundheitskosten eine einheitliche Prämie, welche die Ausgleichskassen bei den Versicherten einziehen. Neu würden die Ausgleichskassen auch die Prämienreserven verwalten und den Krankenkassen Geld überweisen, um Arztrechnungen zu zahlen.

Der Westschweizer Konsumentenverband ist von den Vorzügen dieses Systems überzeugt. Er schreibt: «Die Verbindung von Kosten und Prämien wäre klar und transparent, während sich der Bedarf an



Die Konsumentenschützer möchten die «Jagd nach guten Risiken» der Kassen unterbinden: Patientin beim Röntgen. Foto: Keystone

«Die Westschweiz hätte die kritische Grösse, das neue System auszuprobieren.»

Jean-François Steiert, SP-Nationalrat (FR)

Reserven verringern würde.» Zudem würde dem «intransparenten Risikoausgleich ein Ende gesetzt», und die ominöse «Jagd nach guten Risiken» wäre definitiv kein Thema mehr.

Die vom Westschweizer Konsumentenverband festgesetzte Anhörungsfrist lief Ende Mai ab, ist nun aber diese Woche bis 21. Juni verlängert worden. «Ärzte- und Pflegeverbände in diversen Kantonen haben um zusätzliche Zeit gebeten, sich mit dem Projekt zu beschäftigen. Gerade in der Deutschschweiz scheint man den Vorschlag nicht überall verstanden zu haben, da müssen wir noch genauer erklären, worum es geht», sagt Joy Demeulemeester, die beim Konsumentenverband für Gesundheitspolitik verantwortlich ist. Zu den vehementesten Kritikern des Pro-

jekts gehört naturgemäss Santésuisse, der Branchenverband der Schweizer Krankenversicherer, der von «politischer Zwängerei» und von einer «Missachtung des demokratischen Entscheids der Schweizer Bevölkerung» spricht. Auch Pius Zängerle, Direktor des Verbands Cufutura, kritisiert den Vorschlag. «Ein System mit bis zu 26 kantonalen Inselförderung wird unser Gesundheitswesen nicht weiterbringen. Jetzt braucht es die intensive Zusammenarbeit und Koordination mit den Kantonen, und nicht noch mehr Kantönligeist», hält er fest.

SP zeigt Interesse

Joy Demeulemeester gibt sich unbeeindruckt: «Die Westschweizer Kantone sollen eine neue Lösung probieren dürfen. Falls sie nicht funktioniert, lassen wir sie sein; falls sie funktioniert, kann die Deutschschweiz immer noch nachziehen.» Ob der Verband die Volksinitiative lanciert, entscheidet er nach Ablauf der Anhörung.

Den Projektverantwortlichen ist schon jetzt klar: Ohne Unterstützung aus der Deutschschweiz ist eine Abstim-

mung nicht zu gewinnen. Entsprechend sucht der Westschweizer Konsumentenverband ennet der Saane nach prominenten Unterstützern, will aber nicht sagen, welchen Personenkreis er avisiert. Dazu sollen die kantonalen Gesundheitsdirektoren gehören, die man einzeln angeschrieben hat. Bekannte Befürworter sind der Waadtländer Pierre-Yves Maillard (SP) und der Genfer Mauro Poggia (MCG). Maillard sagte im Westschweizer Radio: «Die Prämien werden weiter steigen, während die Kaufkraft sinkt.» Darüber hinaus laufe Gesundheitsminister Alain Berset mit Reformprojekten im Parlament regelmässig auf. Für Bersets Partei, die SP Schweiz, könnte das Projekt interessant sein. SP-Nationalrat und Fraktionschef Roger Nordmann wünscht, dass das Modell in der ganzen Schweiz diskutiert wird. Er sagt: «Die Lösung hätte auf Prämienstöße eine dämpfende Wirkung.» SP-Nationalrat Jean-François Steiert findet: «Die Schweiz soll sich zum Pluralismus bekennen. Die Westschweiz hätte die kritische Grösse, das neue System mit Ausgleichskassen auszuprobieren.»

Ein Sprachenpass als Integrationshilfe

Der Bund will einen Sprachenpass für Ausländer einführen. In Deutschland zeigt sich, wie ein solches Dokument bei der Jobsuche helfen kann.

Tina Huber

Ein Sprachenpass soll Flüchtlingen in der Schweiz künftig Jobsuche oder Behördengänge erleichtern. Das Staatssekretariat für Migration plant auf 2017 die Einführung eines solchen Dokumentes, damit Ausländer beispielsweise bei der Einbürgerung rasch und einfach nachweisen können, wie gut sie Deutsch, Französisch oder Italienisch sprechen.

Deutschland kennt ein ähnliches Dokument schon länger: Das sogenannte Zertifikat Integrationskurs attestiert Ausländern, dass sie grundlegende Deutschkenntnisse besitzen und mit dem Leben in Deutschland vertraut sind. Seit 2005 gibt es in Deutschland einheitlich geregelte Integrationskurse, die aus zwei Teilen bestehen und nach einer Prüfung mit dem Integrationszertifikat abgeschlossen werden können.

Kernstück ist der speziell entwickelte «Deutschtest für Zuwanderer», der die Teilnehmer auf Les- und Hörverständnis, Schreib- und Sprechfertigkeiten prüft. In der Prüfung zum zweiten Teil, dem Polit- und Gesellschaftskurs «Leben in Deutschland», müssen die Teilnehmer Fragen nach dem Karneval oder der Meinungsfreiheit in Deutschland beantworten oder die ersten Worte der deutschen Nationalhymne kennen. Wer beide Prüfungen besteht, erhält das Zertifikat Integrationskurs.

Grosse Nachfrage

Der Wert dieses Stückes Papier zeigt sich in erster Linie bei der Suche nach Arbeit. Dies sagt Birgit Baumgartner, die in München für die beruflichen Fortbildungszentren der bayerischen Wirtschaft Integrationskurse betreut: «Das Zertifikat ist sehr wertvoll bei der Jobsuche. Die Arbeitgeber kennen und anerkennen es.»

Entscheidend sei dabei vor allem der Ausweis über die Sprachkenntnisse. Wichtiges Qualitätskriterium ist gemäss Baumgartner, dass die Prüfungen in ganz Deutschland einheitlich und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgenommen sind. Die Nachfrage

nach den Integrationskursen sei derzeit enorm, sagt Baumgartner: «Wir müssen Interessenten oft trösten und auf die Warteliste setzen.»

Waren vorher nur anerkannte Flüchtlinge zu den Kursen zugelassen, dürfen seit kurzem auch Asylbewerber mit guten Bleibeperspektiven aus Syrien, Eritrea, dem Iran und Irak teilnehmen. In Deutschland können Einzelne – auch Einwanderer, die nicht als Flüchtlinge ins Land gekommen sind – zu den Kursen verpflichtet werden; die meisten sitzen aber freiwillig im Kurs. «Die Flüchtlinge und Asylbewerber wissen, wie wichtig Sprachkenntnisse sind, um in Deutschland Fuss zu fassen», sagt Baumgartner. Wer die Prüfung nicht besteht, kann sie einmal ohne Kosten nachholen.

Schnellere Einbürgerung

In der Schweiz müssen Einbürgerungswillige mit dem neu revidierten Bürgerrechtsgesetz voraussichtlich ein bestimmtes Sprachniveau vorweisen. Hier könnte der geplante Sprachenpass wichtig werden. In Deutschland hat das Integrationszertifikat noch weitergehende Auswirkungen: Das Dokument verkürzt die Wartezeit vor einer Einbürgerung von acht auf sieben Jahre.

Schengen: Schweiz zahlt für Schutz der Aussengrenzen

Die Schweiz soll sich weiterhin finanziell am Schutz der Schengen-Aussengrenzen beteiligen. Der Bundesrat hat die Botschaft dazu verabschiedet. Die Details der finanziellen Beteiligung stehen erst später definitiv fest. Mit den Mitteln sollen Staaten unterstützt werden, die wegen ihrer ausgedehnten Land- und Seegrenzen oder wegen bedeutender internationaler Flughäfen hohe Kosten für den Schutz der Schengen-Aussengrenzen tragen. Der Fonds trage dazu bei, die Effizienz der Kontrollen zu verbessern, schreibt der Bundesrat. Die Zahl der illegalen Einreisen soll verringert werden. Gleichzeitig sollen reguläre Einreisen erleichtert werden. Zudem sollen die Gelder der EU ermöglichen, rasch und wirksam auf Krisen zu reagieren. Gerade vor dem Hintergrund der Migrationskrise komme dem Fonds eine wichtige Funktion zu, hält der Bundesrat fest. Der Finanzbedarf für 2014-2020 wurde auf 2,76 Milliarden Euro veranschlagt. Darin sind die Beiträge der an Schengen assoziierten Staaten noch nicht enthalten. Die Schweiz wird sich laut Bundesrat voraussichtlich mit durchschnittlich 20 Millionen Franken pro Jahr beteiligen. Ihrerseits soll sie über die gesamte Laufzeit 20 Millionen für nationale Massnahmen erhalten, etwa für Investitionen in die Infrastruktur bei Grenzübergängen an den Flughäfen. (sda)

Parolen für den 5. Juni

Asylgesetzrevision

Die Revision schafft die rechtlichen Voraussetzungen, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Dafür bringt der Bund die meisten Asylsuchenden in eigenen Zentren unter. Um die stark verkürzten Beschwerdefristen auszugleichen, erhalten alle Asylsuchenden einen Rechtsvertreter an ihre Seite.

Ja SP, FDP, CVP, Grüne, GLP, BDP, EVP, Economiesuisse, SGB, Travailsuisse, Flüchtlingshilfe, Caritas, Heks
Nein SVP, Hauseigentümerverband

Fortpflanzungsmedizin

Die Gesetzesänderung erlaubt die Präimplantationsdiagnostik (PID). Diese genetische Untersuchung von Embryonen verhindert die Übertragung einer schweren, genetisch bedingten Krankheit von den Eltern auf ihr Kind. Die PID darf gemäss Gesetz bei allen Paaren angewendet werden, die eine künstliche Befruchtung in Anspruch nehmen.

Ja FDP, CVP, GLP, BDP, FMH, Spitalverband
Nein SVP, EVP, Procap, Agile, Insieme, Schweizer Bischöfe
Stimmfreigabe SP, Grüne

Grundeinkommen

Die Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen will «der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» ermöglichen. Die Ausgestaltung wäre dem Parlament überlassen. Die Initianten schlagen ein Grundeinkommen von 2500 Franken pro erwachsene Person vor.

Ja Grüne
Nein SVP, SP, FDP, CVP, GLP, BDP, EVP, Economiesuisse
Stimmfreigabe Travailsuisse

Milchkuhinitiative

Die Initiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung» verlangt, dass die von den Automobilisten entrichtete Mineralölsteuer gänzlich in die Strassenkasse fliesst. Heute kommen davon 50 Prozent, rund 1,5 Milliarden Franken, dem allgemeinen Bundeshaushalt zugute.

Ja SVP, Auto Schweiz, AGVS, ACS, TCS
Nein SP, FDP, CVP, GLP, BDP, EVP, Städteverband, VCS, VÖV

Initiative Pro Service public

Der Initiativtext verlangt, dass staatsnahe Betriebe in der Grundversorgung nicht profitorientiert arbeiten. Zudem sollen Topgehälter dieser Betriebe dem Bundesniveau angeglichen werden.

Ja –
Nein SVP, SP, FDP, CVP, Grüne, GLP, BDP, EVP, Economiesuisse, SGV, SGB, Travailsuisse, VPÖD, Städteverband, Gemeindeverband

Kurz

Tessin Volksinitiative für Gemeindefusion ist ungültig

Die Initiative für die Fusion zahlreicher Gemeinden zu zwei Grossgemeinden Locarno und Bellinzona ist ungültig. Dies hat das Bundesgericht entschieden und eine entsprechende Verfügung des Tessiner Grossen Rats bestätigt. Das Gericht kam zum Schluss, dass die von der Fusion betroffenen Bewohner entsprechend der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung anzuhören seien. Die Initiative sieht jedoch keine solche Anhörung vor. (sda)

Genf Kanton spricht 88 Millionen für UNO-Gebäude

Das Genfer Kantonsparlament hat zwei zinslosen Darlehen für die Renovation des Völkerbundpalastes und ein neues Gebäude der Weltgesundheitsorganisation zugestimmt. Die Sanierung kostet 836,5 Millionen Franken. 436,5 Millionen übernimmt die UNO, den Rest die Schweiz als zinsloses Darlehen. Während der Entscheid der eidgenössischen Räte über den Anteil von 292 Millionen aussteht, sicherte der Kanton nun 88 Millionen zu. Die Stadt Genf entscheidet bald über ihren Anteil von 20 Millionen. (sda)